

Geländefarben wenig angepaßten Garnituren zu tragen hätte, wäre dann dem feindlichen Feuer weit mehr ausgesetzt als der graue Leinwand.

— **Der Kampf gegen das kommende Börsengesetz** nimmt die Korrespondenz des Bundes der Landwirte mit großer Entschiedenheit auf und erinnert hierbei an manche lehrreiche Aussprüche früherer Tage. So führte der national-liberale Abg. Dr. Poasche am 24. Januar 1898 im Reichstage aus: „Wenn Sie nun sagen das Börsenregister, in das sich wenige eintragen lassen, habe nicht die erwartete Wirkung gehabt, so muß ich das bestreiten. Der Zweck war nicht eine zahlreiche Eintragung, sondern Ausschluß unberufener Elemente. Der große Segen besteht darin, daß so wenige eingetragen sind, daß man eine Masse von Outsiders vor der Börse ferngehalten hat. Gaben Sie denn vergessen die Zustände vor dem Gesetz? wo man Agenten hinausgeschickte, und an die Bürgermeister kleinerer Landstädte die Frage richtete: **Wißt ihr nicht Leute, die geneigt sind, zu spekulieren?** Wo von Getreidestimmen tausende von Postkarten hinausgeschickt wurden mit dem ominösen Inhalt: „**Zu den Ihnen bekannten Bedingungen der Berliner Produktenbörse gebe ich und nehme Weizen zu diesem, Roggen zu jenem Preise usw.** Was heißt das anders, als man verleiht zum Spiel und denkt nicht daran, effektive Ware kaufen und verkaufen zu wollen? Ich glaube, wir haben nach der Richtung Ursache genug, mit dem Erfolg des Börsengesetzes zufrieden zu sein.“ Der national-liberale Abg. Dr. Lucas aber erklärte noch am 28. 4. 1904 im Reichstage: „Wir stehen auf dem Standpunkte, daß alle Vorteile, die eine schrankenlose Freiheit des Terminhandels hat, aufgenossen würden durch den Schaden, den Tausende und Abertausende von Einzelrentnern durch eine unberufene Teilnahme am Terminhandel jährens, jährens erlitten haben und erleiden werden, wenn wir diese Schranken fallen lassen. Solche Existenzen wollen wir eben durch den Registerzwang und durch den Differenzverwand schlingen. Es ist auch meines Erachtens durchaus besetzt, zu sagen: der Gesetzgeber sanktioniert damit die Umoral. Was verweist sich ist, das ist nicht unter allen Umständen — meine Herren, ich sage, nicht unter allen Umständen! — die Beseitigung des Differenzverwandes, sondern die verwirklichte Haltung liegt früher; die Handlung liegt bereits da, wo der Betroffene, ohne Kapital und Erfahrung zu haben, an der Börse spielt. Verwerflich ist insbesondere, wenn unerfahrene und kapitalschwache Personen zu Spekulationszwecken verleiht werden, deren Tragweite sie nicht übersehen und deren Risiko sie nicht zu tragen vermögen.“ Auch von konservativer Seite wurde noch 1904 der Nutzen des Börsenregisters in jeder Weise anerkannt. Der Abg. v. Camp äußerte sich in der Sitzung des Reichstages vom 29. April 1904 in folgender Weise: „Hat sich denn nun das Börsenregister bewährt oder nicht? Ich sage: es hat sich durchaus bewährt und zwar, weil der Zweck erreicht ist, den wir damals erreichen wollten, die Outsiders von der Börse möglichst auszuschließen. Sogar der stark manchesterlich angehauchte national-liberale Abgeordnete Bülling, der das Register mißbilligte, erhob am 19. Februar 1903 noch keineswegs die Forderung nach seiner Aufhebung, sondern führte im Gegenteil aus: „Ich bitte, dem Herrn Grafen Rantz zu bemerken, daß unter diesen Wünschen nicht die Beseitigung des Börsenregisters sich befindet. Ich meinerseits glaube, daß die Einführung des Börsenregisters kein glücklicher Griff gewesen ist; aber trotzdem gehen meine politische Freunde und gebe auch ich nicht so weit, die Beseitigung des einmal eingeführten Registers zu verlangen.“ Die National-liberalen müssen sich also wieder einmal sehr stark „drehen“, wenn sie nun der Vorlage zustimmen wollten; hoffentlich besorgt ihnen der Wind der Landwirte (in steifes Häutchen, sonst kommt die ganze Gesellschaft auf die Höhe).

— **Sensationelle Gerüchte** werden von Rio de Janeiro aus über die politischen Ergebnisse der Kaiserreise verbreitet. Nach europäischen Telegrammen brasilianischer Blätter zirkuliert dort angeblich in wohlinformierten Kreisen das Gerücht, zwischen Kaiser Wilhelm und König Eduard sei vereinbart, die Grundlage eines *modus vivendi* zwischen Deutschland und Frankreich zu prüfen, wobei das Londoner Kabinett vermitteln soll.

Ein schlimmes **Fiasco** hat die vielbesungene Förderung der Baumwollkultur in den Kolonien erlitten. Nach einem Berichte der Kommission des kolonialwirtschaftlichen Komitees haben die bisher in den Kreisen der Baumwollindustriellen für die Förderung der Baumwollkultur gesehneten Beiträge die erwartete und für die Durchführung der Aufgaben des kolonialwirtschaftlichen Komitees erforderliche Summe nicht erreicht. Der Staatssekretär des Innern hat daher den deutschen Handelskapitalen, auch seinerseits dahin zu wirken, daß die Baumwollindustriellen den Reichstag der Konferenz zur Unterstützung der Baumwollanbaubestrebungen in den deutschen Kolonien vom 6. März v. J. einheitlich zur Durchführung bringen, und daß auch solche Interessenten der Baumwollindustrie, die in den Fabrikantenverbänden nicht vertreten sind, insbesondere die Baumwollwaren-Engrosgechäfte und die größeren Detailgechäfte zur Zeichnung von Beiträgen veranlaßt werden. Die Vertreter der Textilindustrie haben sich in der erwähnten Konferenz bereit erklärt, in ihren Vereinigungen und Verbänden dahin zu wirken, daß ihre Mitglieder zu den Baumwollunternehmungen des kolonialwirtschaftlichen Komitees für die Jahre 1907, 1908 und 1909 Beiträge leisten, die einem Satze von mindestens 30 v. H. der Beiträge zur Berufsgewerkschaft entsprechen. In früheren Jahren hatten auch verschiedene Handelskammern dem kolonialwirtschaftlichen Komitee teils aus eigenen Mitteln, teils durch Heranziehung der Eingekessenen ihrer Bezirke nicht unerhebliche Summen für die Förderung des Baumwollanbaues zugeführt. In diesem Jahre hat nun die Handelskammer Bremen einen Betrag von 7070 Mark aufgebracht. Der Staatssekretär wünscht auch in dieser Richtung eine Einwirkung des Handelskapitals auf seine Mitglieder und bittet um eine Mitteilung der Maßnahmen, zu welchen sich der deutsche Handelskapital verhalten sollte, namentlich um auch solche Kreise, die kein unmittelbares Interesse an der Förderung des Baumwollanbaues in unseren Kolonien haben, zur Unterstützung der Bestrebungen der Baumwollkommission anzuregen. Das ist eine böse Ernüchterung auf den kolonial-

schwindel hin; in den Wahlen tat man so, als ob Deutschland aus den Kolonien einst seine gesamte Baumwolle beziehen könnte; jetzt stellt es sich heraus, daß die ersten Interessenten auch nicht das mindeste zur Ausbringung der Gelder beitragen wollen. Glauben denn diese schon nicht mehr an die Zukunft?

— **Die 2. Auflage des Liebknechtprozesses.** Nach dem „Vorwärts“ hat der Oberstaatsanwalt am Kammergericht die Disziplinarklage gegen Karl Liebknecht erhoben, um ihm das Mandat als Rechtsanwalt abzunehmen. Liebknecht soll wegen seines Hochverratsprozesses, durch den er 1 1/2 Jahre Freiheitsstrafe zuerkannt bekam, auch noch die Erstszung genommen werden! Es soll ihm auf dem Disziplinärwege noch eine Strafe zuerkannt werden, die viel schlimmer ist, als die Freiheitsstrafe: **Erstszungszwang auf Lebenszeit.**

Oesterreich-Ungarn.

— **Oesterreichisches Abgeordnetenhause.** In fortgesetzter Verhandlung der Dringlichkeitsanträge betreffend die Lebensmittelversteuerung weisen die agrarischen Vertreter die Verhandlung zurück, daß die Landwirte an den hohen Lebensmittelpreisen schuld sind. Ackerbauminister Dr. Ebenhoch entwickelt unter stürmischem Beifall sein Programm, betont den innigen Zusammenhang zwischen Industrie und Landwirtschaft und hält es für seine persönliche Ehrenpflicht, den Bauernstand, die Grundlage des Staates mit allen Mitteln zu schützen. Der Minister weist nach, daß die Einfuhr überfremdlicher Fleisch keine Verbilligung der Fleischpreise zur Folge habe, sowie daß die Viehpreise gestiegen seien, daß also die Landwirtschaft an den hohen Fleischpreisen keine Schuld habe. Die Öffnung der russischen Grenze bedeute an sich in Rußland stets herrschenden Viehsuchen eine Katastrophe für die österreichische Landwirtschaft. Die Regierung werde einer solchen Maßregel niemals zustimmen (lebhafter Beifall). Bei den Handelsvertragsverhandlungen mit Serbien würden die Interessen der Landwirtschaft auf das gewissenhafteste gewahrt werden. Die Schließung von Vieh in Schlachthäusern an der Grenze würde die sofortige Sperrung der Grenze seitens Deutschlands für die österreichische Ausfuhr zur Folge haben.

— **Der VI. allgemeine österreichische Katholikentag.** Am Sonntag wurde ein großer Schritt auf dem Wege zum Ausbau der katholischen Organisationen nach vorwärts getan. In einer großen Frauenversammlung im Sitzungssaal des Landtages wurde die Reichsorganisation der Frauen beschlossen. Nachdem die Vorsitzende, Gräfin Melanie Zich-Netterich, die Versammlung eröffnet hatte, erstattete die Oberlehrerin Fräulein Karoline von Ambros das Referat über die Ziele der katholischen Frauenorganisation. Hierauf berichtete Frau Schmolze über die Durchführung dieser. Die Generalsekretärin des katholischen Frauenbundes in Deutschland, Frau Baronin Isabella von Carnap, überbrachte die herzlichsten Grüße vom Deutschen Frauenbund. Sodann wurden die Statuten zur Reichsorganisation angenommen und ein Reichs-Frauen-Komitee gewählt; es gehören ihm an: Gräfin Melanie Zich-Netterich, Frau Prinzessin Lobkowitz-Balky, Gerda Gräfin Walterskirchen, Stefanie Gräfin Wenzelsheim, Marie von Fuchs-Görres, Emilie Rathoy, Toni Schmolze, Josephine von Ambros, Karoline von Ambros, Anna Wempel, Altona von Altdorferström, Isabella von Szamowda, Maria Panzer, Johanna Ullmann, Anna Wintermayer, Gräfin A. Regener-Kinsky. — Das kath. Kreuzbündnis hielt am Montag nachmittag 5 Uhr eine Versammlung im Gewerkschaftshaus ab. P. Remigius Rieg, O. F. H. führte aus, daß die Wehrzahl aller Verbrechen auf Konto des Alkohols zu setzen sei und in Wien täglich eine Dreimillionen Kronen diesem Fluch geopfert werde, das sind 700 Millionen Kronen jährlich. In dem er einen Ueberblick über die Alkoholverbewegung gab, verwies er auf die traurige Tatsache, daß sich die Katholiken bezüglich der Förderung dieser Bewegung von ihren Gegnern leider haben überlagern lassen. Ohne energische Bekämpfung des Alkoholismus werde es auch keine Lösung des sozialen Problems geben. Universitätsprofessor Dr. Alexander Wilsy berichtete über das Thema: „Was sollen wir vom Staate zur Bekämpfung des Alkoholismus verlangen?“ — Am Montag nachmittag 1/3 Uhr fand im Gesellschaftshaus eine große Disziplinärversammlung statt. Es wurde über die Missionen in Japan, China, den Balkanländern und Afrika eingehend referiert. — Ueber die erste Festversammlung des Katholikentages am Montag abend im Sophienpale berichteten wir morgen.

— **Die Krisis im ungarischen Reichstage dauert an.** Da der Vizepräsident Kasovly nach dem vierundzwanzig Abgeordnete zur Ordnung rief und ihnen das Wort entzog, wird infolge dieses täglich wachsenden Terrorismus des Präsidiums gegenüber den kroatischen Abgeordneten von diesen die Obstruktion immer schärfer ausgeübt. In Kroatien herrscht wegen der Vorgänge im Parlament eine zusehends sich steigende antimagyarische Erregung.

Italien.

— **Erregte Auseinandersetzungen im Prozeß Rasi.** In der Verhandlung am 20. d. M. fanden sehr erregte Auseinandersetzungen zwischen dem Präsidenten und Rasis Verteidiger Martini statt, dem der Präsident das Wort entzieht. Die Verteidiger verlassen sodann den Saal und erklären einmütig, sie würden durch die Lage der Dinge an der freien Ausübung ihres Mandats gehindert und ihre weitere Anwesenheit sei deshalb für Rasi nutzlos. Rasi hält darauf eine sehr erregte Rede und billigt die Gründe der Verteidigung, denn die Beschlüsse des Senats bedeuteten eine Gesetzverletzung. Seine Verhaftung sei ungesetzlich. Er werde von der Befugnis, einige Richter abzulehnen, Gebrauch machen. Er habe sich keiner gemeinen Verbrechen schuldig gemacht. Er verlange Achtung seiner Rechte. Der Präsident erwiderte ihm, die Rechte der Verteidigung seien keineswegs verletzt worden. Er werde die Verteidiger auffordern, in der nächsten Sitzung wieder zu erscheinen, andernfalls er gesetzliche Maßnahmen gegen sie ergreifen werde. Die Sitzung wurde hierauf geschlossen.

Niederlande.

— **Der Empfang der Kaiserin in Holland.** Zu Ehren der Kaiserin prangten die niederländischen Kriegsschiffe in

Flaggengala. Der deutsche Gesandte in Amsterdam von Schlozer und Legationsrat Dr. von Kühmann wurden von der Kaiserin an Bord der „Hohenzollern“ empfangen. Nachher verließ die Kaiserin das Schiff und begab sich zum Juge. Prinz Heinrich der Niederlande begrüßte die Kaiserin und stellte ihr den Bürgermeister der Stadt vor. Eine große Menschenmenge war am Bahnhofe versammelt. Die Kaiserin verließ den Wagen nicht. Nachherlicher Verabschiedung von der Kaiserin, die sie wiederholt küßte, und deren Gemahl, trat die Kaiserin mit dem bereitstehenden Juge die Heimreise an. Am Mittwoch vormittag um 9 Uhr 45 Minuten traf die Kaiserin auf Station Wildpark ein und begab sich im Automobil nach dem Neuen Palais in Potsdam.

England.

— **Der Kaiser unternahm am Dienstag vormittag eine Automobilfahrt in die Umgegend von Highcliffe.** Aus Highcliffe meldet ein Berichterstatter, daß das Aussehen und die Stimme des Kaisers, wie seine unermüdete Tätigkeit bewiesen, um wie viel sich sein Befinden in England gebessert habe. Er sei in Windsor bereits vor 6 Uhr früh aufgestanden, habe darauf mit seinem Sekretär Geschäfte erledigt, dann kam die Abreise, die Fahrt nach dem Schloß Highcliffe, dann eine lange Automobilfahrt bei strömendem Regen, danach wieder Geschäfte bis zum Diner.

— **Am Sonntag fand in Windsor ein Luncheon statt,** an dem drei Könige, fünf Königinnen, zwei Kronprinzen und fünfzehn Prinzen und Prinzessinnen teilnahmen. Die Herrscher waren: Der Kaiser, König Eduard und König Alfonso. Die Königinnen waren: Die deutsche Kaiserin, Königin Alexandra, die Königin von Portugal, die Königin von Spanien und die Königin von Norwegen. Die beiden Kronprinzen waren: der Prinz von Wales und der kleine Prinz Olaf von Norwegen.

Nordamerika.

— **Präsident Roosevelt hatte eine Besprechung mit den Führern beider Häuser des Kongresses** betreffend gesetzgeberische Maßnahmen zur Besserung der finanziellen Lage. Alle Parlamentarier waren einstimmig der Meinung, daß die Finanzgesetzgebung die erste Aufgabe der neuen Session sein müsse. Dagegen waren die Anführer verschiedener in Bezug auf das, was zu geschehen habe.

Sächsischer Landtag.

II. Dresden, den 21. November 1907.
Zweite Kammer.

Der Zweiten Ständekammer lag heute der Gesetzentwurf wegen der vorläufigen Erhebung der Steuern im Jahre 1908 zur Vorberatung vor, nach welchem die Steuern und Abgaben bis zur Erlassung eines Finanzgesetzes für 1908/09 in gleicher Höhe erhoben werden sollen wie bisher. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde der neu eingetretene Abgeordnete Pastor Starke-Dorschemm (kons.) verpflichtet.

Den Bericht der Finanzdeputation A über den vorliegenden Entwurf erstattet Abgeordneter Schönl (kons.). Finanzminister Dr. Küger erklärt bezüglich der Aufbesserung der Beamtengehälter in höherem Maße als im Etat vorgesehen, daß dieser sehr erhebliche Schwierigkeiten entgegenstehen, die nicht übersehen werden können. Es müsse Deckung für die außerordentlichen Ausgaben in diesem Etat, sowie in der Zukunft geschaffen werden. Trotz der Schwierigkeiten werde die Regierung den auf die Beamtengehälter-erhöhung gerichteten Wünschen nach Möglichkeit Rechnung tragen. Bezüglich der Wohnungsgeldzuschüsse und dergleichen bemerkt der Minister, daß dem bezüglichen Gesetze Rückwirkung auf das Jahr 1908 verliehen werden solle. In welcher Weise die Schulgemeinden zur Aufbesserung der Lehrergehälter herangezogen werden sollen, diese Frage sei noch in der Schwebe. Zu einer Erweiterung des Finanzprogramms könne aber nur unter Zustimmung der Ersten Kammer geschritten werden. An die Erfüllung weiterer Forderungen könne nur dann gegangen werden, wenn es sich herausstellt, daß sich nicht unüberwindliche Schwierigkeiten einstellen. Die Regierung werde alle Versuche machen, eine befriedigende Lösung herbeizuführen, doch selbst wenn es gelingt, die entgegenstehenden Schwierigkeiten zu überwinden, so sei doch eine Deckung für die erwartenden Mehrausgaben nicht zu verhindern, welche 13 Millionen Mark erfordern und es seien 8 Millionen dem außerordentlichen Etat zuzuwenden. Eine derartige Maßnahme sei ihm, dem Minister, unumwunden. Sie bedeute einen Rückschritt auf der Befundung unserer Finanzen. Vielleicht könne man auf Zurückstellung einzelner Posten zukommen. Daß unter den obwaltenden Umständen der Einkommensteuertarif nicht herabgesetzt werden könne, sei selbstverständlich. Und trotz allem könnten die erforderlichen Summen nicht aufgebracht werden, die zur Deckung notwendig sind. Es werde weiter nichts anderes übrig bleiben, als neue Steuerquellen zu suchen und die vorhandenen Steuerquellen mehr auszunutzen, als: Urkundenstempelgebühren und dergleichen. Im übrigen rechne die Regierung auf die Mitwirkung der beiden Kammern.

Es äußern sich im allgemeinen zustimmend die beiden Vizepräsidenten Dr. Schill (nat.-lib.), Opiß (kons.), ferner die Abgeordneten Schick (nat.-lib.), Andra (kons.), Günther (frei.), Facius (kons.), Dr. Vogel, Dr. Kühmann (nat.-lib.), Hübnert (kons.), gegen die Vorlage Abgeordneter Wolfsteiner. Diese wird nach dem Schlußworte des Berichterstatters gegen die Stimme des Abgeordneten Goldstein angenommen.

Nächste Sitzung Freitag den 22. November, 1/10 Uhr vormittags. Tagesordnung: Eine Petition.